

WZ



2. 65 33 602 28. Januar 1965 15 Pf

SEITE 3:
DAMIT
DEUTSCHLAND
LEBE

SEITE 5:
STUDENTEN
INTERVIEWEN
STUDENTEN

SEITE 6:
THESEN ZUR
GESCHICHTE
DER TU (2. FOLGE)

Wo Naziuntaten verjähren sollen, bereitet man neue Kriegsverbrechen vor

In vier Monaten, am 8. Mai 1965, sollen nach dem Willen der Bonner Regierung in Westdeutschland auch die schlimmsten Nazi- und Kriegsverbrechen verjähren. In der ganzen Welt, auch unter den Verbündeten Bonn, verstärkt sich die Protestbewegung gegen diesen ungeheuerlichen Beschluß.

Die Erhard-Regierung aber will unbelehrbar an ihrem ungeheuerlichen Verjährungsbeschluß festhalten. Es wird immer deutlicher, daß es bei der Verjährung von Nazi-Verbrechen nicht um eine juristische Spezialfrage geht. Die Verjährung oder Nichtverjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen ist vielmehr zu einer der wichtigsten Fragen in der Auseinandersetzung zwischen den revanchistischen und neonazistischen Kräften im Bonner Staat und in der Bonner Regierung einerseits und den antifaschistischen, demokratischen und Friedenskräften in Westdeutschland und aller Welt auf der anderen Seite geworden.

Die schlimmsten Nazi-Verbrechen wurden und werden in Westdeutschland nicht ernsthaft verfolgt, sondern begünstigt, weil die gesellschaftlichen Wurzeln dieser Verbrechen nicht beseitigt, sondern erneuert wurden. Die Herrschaft der gleichen monopolistischen Kräfte, die Hitler zur Macht brachten, ist die letzte Ursache auch für die Nichtverfolgung und Rehabilitierung der Kriegsverbrecher.

Wer braucht in Westdeutschland die Verjährung der Nazi-Verbrechen? Der Bonner Kriegsminister von Hassel, Bundeswehrchef Tietner und die Bonner Hitler-Generale brauchen die Verjährung der Nazi-Kriegsverbrechen. Sie haben bekanntlich den Plan ausgeheckt, Westdeutschland durch Atomminen in eine Todeszone zu verwandeln. Sie haben im letzten Krieg ungeheuerliche Verbrechen begangen, die noch immer ungehört sind. Deshalb möchten sie über die Urheber und verantwortlichen Drahtzieher der Kriegsverbrechen des zweiten Weltkrieges den Mantel der Nächstenliebe und des Vergessens breiten, um ungestört neue Atomkriegsverbrechen gegen die westdeutsche Bevölkerung vorbereiten zu können. Deshalb sind sie für die Verjährung.

Für die Verjährung sind auch der Bonner Innenminister Höcherl und sein gesamter von Nazi-Verbrechen durchsetzter Exekutivapparat. Dieser Apparat soll die Notstandsgesetze praktizieren und freie Hand zur Unterdrückung der westdeutschen Bevölkerung, zur Knebelung der Gewerkschaften und Mundtotmachung der Presse erhalten.

Wenn manche Westdeutsche glauben, bei der Verjährung ginge es nur um die Vergangenheit, so ist das ein Irrtum. Es geht vor allem um die Zukunft in Westdeutschland: Die Atomminenandrohung, die Notstandsgesetze, die ungeheuerliche Gefahren für jeden westdeutschen Bürger aufbeschwören, sind mit der offenen Begünstigung der Nazi- und Kriegsverbrecher durch die Bonner Regierung untrennbar verbunden.

Bonn behauptet, es habe alles zur Bewältigung der Nazi-Vergangenheit Erforderliche getan. Das ist die dreiste Lüge. Die Bonner Justiz hat bisher nur einige der unmittelbaren SS-Mordschützen und KZ-Henker vor Gericht gestellt und selbst diese zum Teil nur zu empörend milden Strafen verurteilt oder sogar freigesprochen. Die eigentlichen Verantwortlichen und Hintermänner der entsetzlichen Massenmordtaten, die Zuhälter Eichmanns, die Verfasser der nazistischen Rassengesetze, die hohen SS-Chargen, die Hitler-Generale, Nazi-Blutrichter und vor allem die Direktoren der Kriegsverbrecherkonzerne sind bisher straffrei ausgegangen, ja, genießen im Bonner Staat größte Förderung und sitzen in einflussreichen Positionen. So wurden auch im Frankfurter Auschwitz-Prozess die heute in Westdeutschland nach wie vor einflussreichen IG-Farben-Direktoren vom Gericht sorgsam ausgeklammert, obwohl sie die Initiatoren und Nutznießer der Verbrechen waren.

Schließlich kann die Bonner Regierung den Eintritt oder Nichtertritt der Verjährung nicht davon abhängig machen, ob und wo noch zusätzliches Belastungsmaterial gegen die Nazi-Verbrechen und Westdeutschland gefunden werden wird. Mit Sicherheit wird man nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in der DDR und im Ausland noch auf neue Beweismittel stoßen. Aber nicht darum geht es, es geht jetzt vor allem um die Frage, wie sich die Bonner Regierung prinzipiell zu den Nazi- und Kriegsverbrechen stellt. Es geht darum, ob und wann endlich die Bonner Regierung die längst bekannten schwerbelasteten Nazi-Verbrecher in Westdeutschland aus ihren Schlüsselpositionen im Bonner Staat, der Wirtschaft und im öffentlichen Leben entfernt und sie ihrer gerechten Bestrafung zuführt.

Der Verjährungskandal ist kein Schönheitsfehler des Bonner Staates, sondern ein Bestandteil seiner revanchistischen Politik nach innen und nach außen.

Was wäre, wenn die Nazi-Verbrechen in Westdeutschland verjähren? Schon heutzutage gibt es im Bonner Staat jeden Tag einen neuen Nazi-Skandal: Da wird der schwerbelastete SS-Verbrecher Saevcke, der in Oberitalien gewütet hat und im Bonner Verfassungsschutz zu hohen Ämtern kam, offen rehabilitiert. Einflußreiche Gelddarber und Großbanken in Westdeutschland bürgen mit Millionenbeträgen für überführte Judenmörder. Es ist gar nicht auszudenken, wie dreist und frech die Nazi-Verbrecher und SS-Massenmörder erst nach dem 8. Mai schalten und walten würden, wenn die von der Bonner Regierung vorgesehene Verjährung nicht verhindert wird.

So würden alle nicht ermittelten Nazi-Verbrecher gefahrlos aus der Verenkung auftauchen. Sie könnten in den noch stattfindenden Prozessen als „Entlastungs“-Zeugen auftreten, ohne für sich irgendwelche Straflos befürchten zu müssen. Sie könnten straflos alle Schuld auf sich nehmen, ja, die Verbrechen gütelich und jeden Prozeß gegen einen Nazi-Verbrecher damit zu einer Groteske machen.

Von da wäre es für die Bonner Regierung nur ein kleiner Schritt zu der von den Revanchistenverbänden und der faschistischen „National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ längst geforderten Einstellung aller Nazi-Prozesse, einer „Generalamnestie“ für alle Nazi- und Kriegsverbrechen. 20 Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus würden in Westdeutschland auch die scheußlichsten braunen und schwarzen Ratten wieder aus ihren Löchern auftauchen bzw. in Scharen aus dem Ausland herbeikommen, um sich den Tretter, Seebohm, Lemmer und Strauß für neue revanchistische und Atomkriegsabenteuer zur Verfügung zu stellen und die westdeutsche Bevölkerung mit Notstandsgesetzen unter ihren Stiefel zu zwingen.

BRIEF DES ZK DER SED AN ALLE GRUNDORGANISATIONEN ZUR VORBEREITUNG DER PARTEIWAHLEN IN DER DEBATTE:

Geheimnis der Kriegspolitik Bonns enthüllen!

(UZ-Korr.) Der kürzlich an alle Grundorganisationen unserer Partei versandte Brief des Zentralkomitees zur Vorbereitung der Parteivahlen hat auch an unserer Universität eine vielfältige Initiative ausgelöst. In dem Dokument wird geschrieben: „Die geschichtliche Mission der Deutschen Demokratischen Republik erfordert die Politik der friedlichen Koexistenz mit der westdeutschen Bundesrepublik und gleichzeitig die ideologische Auseinandersetzung mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, seiner Expansions- und Rüstungspolitik... Es ist also notwendig, im Zusammenhang mit der Atomrüstungspolitik und revanchistischen Forderungen, dem Schutze von Nazi-Verbrechern, dem Erlaß von Notstandsgesetzen, der Bevölkerung das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus Westdeutschlands als System der Herrschaft, Herrschaft der großen Monopole, der militärischen Diktatur zu erklären.“

Für die Vorlesung „Politische Ökonomie des Kapitalismus“ hatten die Genossen der Fakultätsabteilung Math.-Nat. Genossen Oskar Neumann, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, zu einer Vorlesung eingeladen. Sie gingen davon aus, daß es für den Erziehungs- und Bildungsprozeß besonders günstig ist, die Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der EWG durch einen führenden Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands erläutern zu lassen, der aus unmittelbarer Erfahrung diese Fragen behandelt.

Vor den Studenten des 2. und 3. Studienjahres entstand in plastischer Weise eine wissenschaftlich begründete, vielseitig belegte Darstellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Die Vorlesung fand außerordentlichen Anklang.

Einige der wichtigsten Probleme, auf die Genosse Neumann aufmerksam machte, sollen hier kurz referiert sein für alle diejenigen, die nicht an dieser Veranstaltung teilnehmen konnten:

Der staatsmonopolistische Kapitalismus hat heute seine wichtigsten Erscheinungsformen in der Rüstungsproduktion und Militarisierung der Volkswirtschaft. Das Bundeswehramt bezeichnet sich selbst als den größten Auftraggeber Europas.

Man muß unbedingt zwischen den äußeren Erscheinungen der Wirtschaftssituation und den dahinterstehenden ökonomischen und politischen Zusammenhängen unterscheiden. Genosse Neumann machte dies an der Rolle und Perspektive der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) deutlich. Aus westdeutschen Pressestimmen, die größtenteils Aussprüche der bekanntesten CDU-Politiker kolportieren, zeigte er, daß der Gründungszweck der EWG, wie er etwa von Seiten des französischen Finanzkapitals gesehen wurde,

nämlich in einer gewissen „Beeinträchtigung“ und „Zügelung“ des westdeutschen Finanzkapitals, sich nicht erfüllt hat. Im Gegenteil. Das westdeutsche Monopolkapital spielt heute sowohl im „Europaparlament“ als auch in den Ausschüssen sowie auch hinsichtlich seines Produktionspotentials die führende Rolle. Auch hinsichtlich der Stabilität und der Zukunftsaussichten haben sich schon beträchtliche Veränderungen ergeben. Noch vor zwei Jahren behaupteten westdeutsche Politiker, das Fundament der EWG sei „fest und unerschütterlich“, heute jedoch müsse zugegeben werden, daß dieses Fundament außerordentlich schwankend geworden sei.

Anhand der Aussagen offizieller Regierungssprecher, die bis etwa 1959 über die Förderung des Mittelstandes sprachen und heute sogar so weit gehen und sagen, die westdeutschen Konzerne seien noch zu klein (!), zeigte Gen. Neumann den Wandel von einem sich hinter „allgemeinen demokratischen Parteien“ versteckenden staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einem völlig unverhüllt auftretenden staatsmonopolistischen Kapitalismus. Interessant war u. a., was der Referent über den sogenannten „Steuerhauch“ sagte. In Westdeutschland ist die Steuerbelastung bei den mittleren Einkommen einschließlich bei mittlerem Kapital am höchsten. Am niedrigsten ist sie hingegen bei den größten kapitalistischen Unternehmungen, die die höchsten Profite realisieren.

Im Zusammenhang mit der Darlegung konkreter und äußerst drastischer Beispiele aus dem Bereich „Volksbildung“ in Westdeutschland zeigte Genosse Neumann recht ernste Konsequenzen, die nicht nur politischer, sondern unmittelbar ökonomischer Natur sind. Er sagte, daß selbst die bürgerlichen Politiker und Wirtschaftler sich genötigt sehen, z. B. bis zum Jahre 1970 nicht nur schlechthin Fremdarbeiter in der westdeutschen Wirtschaft zu beschäftigen, sondern auch gezwungen sein werden, Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter aus dem Ausland „zu importieren“. Noch vor

dem 13. 8. 1961 wurde das Problem der Ausbildung qualifizierter Kader in Westdeutschland noch ganz anders dargestellt. Die Führungsspitzen der westdeutschen Wirtschaft erklärten damals, daß sie für die Universitäten und Hochschulen nicht vorrangig zu investieren brauchen, da die „Orzone“ viel billiger fertig ausgebildete Leute liefern würde.

Im Anschluß an die Vorlesung war die Möglichkeit gegeben, Fragen an den Referenten zu stellen. Der Charakter der Fragen bewies, daß die Hörer nicht nur sehr aufmerksam gefolgt waren, sondern daß sich für sie eine ganze Reihe Aspekte der Erkenntnis aufgaben haben.

So wurde gefragt, worin die eigentlichen Ursachen für die „Deutschlandinitiative“ der Bonner Regierung zu sehen sind, und welche Schlußfolgerungen sich aus der Wahlkonzeption der SPD-Führung ergeben. Andere Studenten fragten: Gibt es unterschiedliche Auffassungen der beiden westdeutschen Arbeiterparteien, der KPD und der SPD, in der Westberlinerfrage? Welche Chancen hat Brandt als Kandidat für das Kanzleramt? u. a. m.

Die Gastvorlesung des Genossen Oskar Neumann war ein Erfolg. Die Studenten des SG Chemie I/III und Physik I/III beispielsweise äußerten den Wunsch, weitere prominente Referenten aus der politischen, der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Praxis zu hören, weil diese Referenten vor allem durch ihre tiefen Sachkenntnis und Materialaufbereitung beitragen, die Lehrveranstaltungen im Grundstudium zu einem besonderen Erlebnis zu machen.

(Nach Materialien der Fakultätsabteilung Marxismus-Leninismus/MN)

kurz+wichtig

Auf der 2. Tagung der Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ wählten die Delegierten Genossen Dipl.-Phil. Rudolf Herrlich zum 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung TU. Weitere Sekretäre sind: Wolfgang Rudolph, Joachim Rudolph, Hans-Peter Borch, Michael Römer.

In der nächsten Ausgabe berichten wir ausführlich von der Diskussion und bringen die Entschlüsselung der Konferenz zur Diskussion in allen Studentengruppen.

ATOMEISBRECHER IM POLARGEBIET



Der sowjetische Atomeisbrecher LENIN errichtet auf dem driftenden Eis des zentralen Polargebietes unlangst 15 meteorologische Stationen, die den Küstenstationen ständig Meldungen über Windgeschwindigkeit und Richtung, über Lufttemperaturen und den atmosphärischen Druck weitergeben - ohne daß sie von Menschen bedient würden.

Nördlich der Trubitzscher-Halbinsel, mitten im Eismeer, errichten die Polarforscher eine dritte Station mit dem Namen „Notopost“. Starke Schneewerfer des Atomeisbrechers erleichtern den Köhnen Forschern ihr schneehelbes Werk. Foto: ZB-TASS

W O R T E



Zum Brief MAX BORNS
Institut für Exp. Kernphysik:
Prof. Dr. rer. nat. H. Pose,

„Wie mag es in den Köpfen derer aussehen, die... einen Gürtel von Atomminen an ihre Landesgrenze legen wollen.“ Diese Worte des großen Gelehrten und Wissenschaftlers, Max BORN, kennzeichnen schlaglichtartig den Zwiespalt nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern darüber hinaus zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen. Wissenschaft und Technik haben Gedanken von ungeheurer Tiefe hervorgebracht und die Menschheit mit reichsten Gaben beglückt. Wie weit stehen die tiefen Ideen des genannten Forschers bereits jenseits jener Politik, die im ewig gestrigen befangen, neue Gedanken und Erfolge nur zu ihrem egoistischen, wirtschaftlichen Vorteil zu nutzen versteht.

Wir wissen, insbesondere seit dem Beginn der faschistischen Periode, daß, trotz vielfach besten Willens und höchst bedeutender Leistungen, die fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums allein politisch schwach und ohne merklichen Einfluß waren und sind. Unsere Hoffnung ist, daß diese fortschrittlichen Kräfte gemeinsam mit den Arbeitern Westdeutschlands den selbstmörderischen Absichten ihrer Machthaber energisch und wirksam entgegenreten.

Was ist zu tun — die Zeit drängt!

Deshalb dürfen die Gegner der Nazi-Verjährung mit ihren Aktionen nicht bis zum 1. März 1965 warten, wie dies die SPD-Führung vorgeschlägt. Es war ein grobangelogter Schachzug der Bundesregierung, die letzte „Entscheidung“ auf diesen Termin zu verschieben, um Zeit zu gewinnen. Die wichtigste Aufgabe besteht darin, jetzt die weltweite Kampagne, die sich gegen das Bonner Verjährungsvorhaben entwickelt hat, durch verstärkte Aktionen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften, aller Kreise der westdeutschen Bevölkerung machtvoll zu verstärken. Das ist ein Teil der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Befreiung und des Kampfes gegen Atomrüstung und Revanchepolitik.

